

Notizen:

Antrag auf Erteilung eines / einer

- Allgemeinen Wohnberechtigungsscheines (WBS) gem. § 18 WFNG NRW
 Gezielten Wohnberechtigungsscheines (WBS) für eine bestimmte Sozialwohnung gemäß § 18 WFNG NRW
 Bescheinigung nach § 2 Abs. 3.1 ZinsVO NW

1. Antragsteller/in

Name: _____ Vorname: _____

Geburtsdatum: _____ Beruf: _____

Straße, Haus-Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Familienstand: ledig verheiratet verwitwet geschieden seit: _____

Telefon: (Angabe freigestellt – erleichtert jedoch Rückfragen): _____

2. Übrige Haushaltsangehörige (es sind sämtliche Personen anzugeben, die gemeinsam mit dem Antragsteller / der Antragstellerin eine Sozialwohnung beziehen möchten oder in einem Haushalt wohnen)

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.- Datum	Familien- stand	Verwandtschafts- verhältnis zum Antragsteller / zur Antragstellerin
2.1				
2.2				
2.3				
2.4				
2.5				

in den nächsten 6 Monaten wird sich mein Haushalt vergrößern. Grund: _____

3. Ich/Wir gehöre/n zu den nachfolgend genannten Personenkreisen:

- Schwerbehinderte Kinderreicher Haushalt mit mindestens 3 Kindern
 Alleinerziehend/getrennt lebend seit _____
 Junges Ehepaar = Verheiratete bis zum Ablauf des 5. Kalenderjahres nach dem Jahr der Eheschließung und keiner hat das 40. Lebensjahr vollendet
 Empfänger von Arbeitslosengeld I, II, oder Leistungen nach dem SGB XII
 Altenwohnberechtigte: Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben

4. Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen

(entsprechende Nachweise (z.B. Unterhaltstitel bitte beifügen!))

- Ich/Mein Haushaltsangehöriger (Ifd. Nr. _____ des Antrages) habe/hat Unterhaltszahlungen an folgende Personen zu leisten (Name, Vorname, Geb.-Datum, Anschrift, Verwandtschaftsgrad):

1. _____

2. _____

Monatsbeiträge: zu 1.: _____ €, zu 2.: _____ €

Bitte wenden!

Die Punkte 5 bis 8 bitte nur ausfüllen, wenn ein allgemeiner oder gezielter Wohnberechtigungsschein beantragt wird:

5. Ich/Wir beantrage/n einen zusätzlichen Wohnraum (= 15 m²) aus folgendem Grund: _____

*Hinweis: Ein zusätzlicher Wohnraum steht folgenden Personengruppen zu:
Schwangere lt. Mutterpass/Alleinerziehende mit Kind ab 6 Jahren/ junges Ehepaar ohne Kind
Rollstuhlfahrer /Blinde/ sowie zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger
(-entsprechende Nachweise oder ärztliche Atteste bitte beifügen-)*

6. Angaben über die derzeitigen Wohnverhältnisse:

- frei finanzierte Wohnung Wohnen im elterlichen Haushalt
 geförderte Sozialwohnung Obdachlos/Notunterkunft/Übergangsheim

7. Gründe für den Wohnungswechsel (Mehrfachnennungen möglich):

- Zu kleine Wohnung Lage der Wohnung/schlechte Verkehrsanbindung
 Zu große Wohnung schlechtes Wohnumfeld
 Zu hohe Miete Scheidung/Trennung
 Zu hohe Heiz-, Nebenkosten Kündigung der Wohnung durch den Vermieter
 Unzureichende Ausstattung Sonstige Gründe: _____

8. Die neue Wohnung steht voraussichtlich fest ab: _____

Daher beantrage/n ich/wir einen **gezielten Wohnberechtigungsschein (WBS)** für die frei werdende Sozialwohnung / den Wohnungstausch von Sozialwohnungen

des Hauses in: _____
Ort, Straße, Hausnummer

9. **Familieneinkommen**

Ich habe mein Einkommen anhand der beigefügten Unterlagen nachgewiesen.
Hierbei wird sich innerhalb der nächsten 12 Monate eine Änderung ergeben
ja nein

Erläuterung zur Einkommensveränderung: _____

Weitere Einkommenserklärungen für die haushaltsangehörigen Personen mit eigenem Einkommen habe ich beigefügt.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und richtig sind.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)

Erklärung des Vermieters/der Vermieterin

In meinem/unserem Wohnhaus in 32257 Bünde, _____

ist die im Erdgeschoss/ _____ Obergeschoss /Dachgeschoss – rechts / Mitte / links – gelegene Mietwohnung

mit _____ Räumen und Küche und Bad (_____ m² Wohnfläche) zu vermieten.

Zur Erlangung einer Bescheinigung nach § 18 WFNG NRW bestätige/n ich/wir dem/der Antragsteller/in sowie seinen /ihren Angehörigen, dass ich/wir bereit bin/sind, ihm/ihr diese Wohnung zu überlassen.

Der Vermieter/die Vermieterin war: _____

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Vermieters/der Vermieterin)

(Firma/Name/Vorname)

(Straße, Haus-Nr.,/Postfach)

(PLZ/Ort)

Einkommenserklärung sozialer Wohnungsbau

Name, Vorname	Geburtsdatum
Anschrift	Beruf <input type="checkbox"/> Azubi

bitte auch die Rückseite ausfüllen!

Für Arbeitnehmer:

Jedes Familienmitglied, das eigenes Einkommen bezieht, muss, falls es im laufenden Jahr weiterhin bei demselben Arbeitgeber beschäftigt ist, wie im vergangenen Jahr,

- a) entweder die elektronische Lohnsteuerkarte des vergangenen Jahres,
- b) Gehaltsabrechnung/Lohnabrechnung des Monats Dezember des vergangenen Jahres,
- c) die aktuelle letzte Abrechnung und
- d) den Bescheid des Finanzamtes vom vergangenen Jahr vorlegen.

1. **Aushilfstätigkeit** (450 €-Job)
 Abrechnung auf Steuerkarte oder Freistellung oder geringfügige Beschäftigung

2. Sonstiges Einkommen:

Steuerfreie Bezüge der letzten 12 Monate
 (z. B. ALG I, Kurzarbeitergeld, ALG II, Krankengeld, Grundsicherung, ausländische Einkünfte)

Brutto je <input type="checkbox"/> Woche <input type="checkbox"/> Monat <input type="checkbox"/> Jahr €	- Nachweise beifügen - €
Brutto je <input type="checkbox"/> Woche <input type="checkbox"/> Monat <input type="checkbox"/> Jahr €	€
Summe:	+ €

3. Unterhalt (-Nachweise, z. B. Gerichtsurteile und dgl. beifügen-)

<input type="checkbox"/> Unterhalt für Kind/er mtl.	€
<input type="checkbox"/> UVG-Leistungen für Kind/er mtl.	€

4. Renten oder andere Einkünfte aus: - Nachweise beifügen -

<input type="checkbox"/> sonstigen Einkünften z. B. Renten	<input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung	<input type="checkbox"/> selbständiger Arbeit/ Gewerbebetrieb
<input type="checkbox"/> Land- und Forstwirtschaft	<input type="checkbox"/> Kapitalvermögen	<input type="checkbox"/> Unterhaltsleistungen
<input type="checkbox"/> monatlich: €	<input type="checkbox"/> jährlich: €	+ €
Summe:		+ €

5. Werbungskosten, pauschal oder in nachgewiesener/glaubhaftgemachter Höhe:

s. Vorlage des Bescheides vom Finanzamt des laufenden Jahres:	Pauschal 1.000,00 € €
---	--------------------------

6. **Einkommensveränderungen** gegenüber den bisher aufgeführten Einkommen, bereits eingetreten oder mit Sicherheit innerhalb von 12 Monaten zu erwarten sind (erforderlichenfalls bitte separates Beiblatt beifügen):

Einkommenserhöhung Einkommensverringerung

Betroffen sind: a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit b) Einkünfte anderer Einkommensarten
c) steuerfreie Bezüge d) Sonderzuwendungen e) Werbungskosten

Begründung für Einkommenserhöhungen oder Minderungen zu a), b), c), d) oder e):

Der neue Betrag lautet (Anm. 7)

monatlich:

einmal jährlich:

_____ € ab dem

7. Abzüge vom Einkommen:

Krankenversicherung

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung freiwillige Krankenversicherungsbeiträge

Name und Anschrift der Krankenkasse (nur ausfüllen im Falle freiwilliger Versicherungsbeiträge): - Nachweis beifügen -

--

Jahresbeitragssumme:

€

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung

freiwillige Rentenversicherungsbeiträge/
Lebensversicherungsbeiträge

Name und Anschrift der Rentenversicherung/Lebensversicherung/Pensions- oder Versorgungskasse
(nur ausfüllen im Falle freiwilliger Versicherungsbeiträge):

- Nachweis beifügen -

--

Jahresbeitragssumme:

€

Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- oder Kirchensteuern)

Keine Abzüge

8. Anrechenbares Jahreseinkommen

€

Ich versichere, dass die vorstehenden Erklärungen richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können.

Zu den Angaben habe ich schlüssige Belege, Nachweise oder sonstige Mittel der Glaubhaftmachung beigefügt.

Mir ist aufgrund der aufgeführten Erläuterungen bekannt, dass alle Behörden insbesondere die Finanzbehörden sowie Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet sind, Auskunft über meine Einkommensverhältnisse zu erteilen, soweit die Durchführung des Gesetzes dies erfordert.

(Ort und Datum)

(Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)

Ich füge folgende Unterlagen bei:

Verdienst-/Gehaltsbescheinigung
 Rentenbescheid
 Arbeitslosengeldbescheid (ALG I)
 letzten Einkommensteuerbescheid
 letzte Einkommensteuererklärung/
Vorauszahlungsbescheide

Nachweis über erhöhte
Werbungskosten
 Ausweis nach § 4 Abs. 5 des
Schwerbehindertengesetzes
 Nachweis über Pflegebedürftigkeit
nach § 14 Elftes Buch Sozialgesetzbuch

Heiratsurkunde
 Nachweis über gesetzliche
Unterhaltsverpflichtungen
und Höhe der Leistungen
 Bescheid Grundsicherung
 Bescheid ALG II

Hinweise zum Datenschutz gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 der Datenschutz- Grundverordnung

Zur Bearbeitung der von Ihnen gestellten Anfrage übermitteln Sie uns personenbezogene Daten. Nachstehend informieren wir Sie gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer Daten.

Identität des Verantwortlichen

Stadt Bünde, Bahnhofstraße 13+15, 32257 Bünde
Telefon: 05223/161-0, info@buende.de

Zuständiger Datenschutzbeauftragte/r

Datenschutzbeauftragter/e der Stadt Bünde
Bahnhofstraße 13+15, 32257 Bünde
Telefon: 05223/161-0, datenschutz@buende.de

Verarbeitungszwecke

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck und im Rahmen der Prüfung der von Ihnen gestellten Anfrage. Die Bereitstellung Ihrer Daten ist somit Voraussetzung für die Prüfung Ihres Anspruchsbegehrens und die weitere Bearbeitung der Angelegenheit. Rechtsgrundlagen sind § 18 Wohnraumförderungsgesetz (WFNG NRW) und § 2 Abs. 3.1 ZinsVO NW.

Übermittlung von Daten

Eine Übermittlung Ihrer Daten an andere Stellen, Drittländer oder an internationale Organisationen findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Es sind unter anderem die gesetzlichen Verjährungsregeln sowie gegebenenfalls gesetzliche Aufbewahrungsfristen zu beachten. Nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden Ihre Daten gelöscht.

Allgemeine Rechte der betroffenen Person

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DS-GVO zu: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Recht auf Datenübertragbarkeit.

Recht auf Widerruf einer Einwilligung

Sofern die Datenverarbeitung im Einzelfall auf Ihrer ausdrücklichen Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung gemäß § 7 Abs. 3 S. 1 DS-GVO jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DS-GVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Identität und Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lauten:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf
Telefon: 0211 384 24-0, Fax: 0211 38424-10,
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de